

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

25.07.2023

Inhalt

EWN

1 Geldwäsche? Schlamm Schlacht um LNG-Terminal <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 25.07.2023</i>	3
2 LNG-Gegner gehen in die Offensive <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 25.07.2023</i>	4
3 So läuft der Rückbau am AKW Gundremmingen <i>Allgäuer Zeitung Kempten, 25.07.2023</i>	5

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 25.07.2023 | S. 16

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

LNG-TERMINAL RÜGEN

Geldwäsche? Schlammschlacht um LNG-Terminal

Deutsche Regas schaltet Anwaltskanzlei ein, um sich gegen Vorwürfe aus Binz zu wehren / Gemeinde Binz erstattet Anzeige

Die Deutsche Regas, Betreiber des geplanten LNG-Terminals in Mukran, wehrt sich gegen Geldwäschevorwürfe der Gemeinde Binz. Das Unternehmen hat Anwälte eingeschaltet, um gegen die aus ihrer Sicht „massive Verdachts- und Desinformationskampagne“ vorzugehen. Diese Kampagne richte sich gegen die Seriosität, Glaubwürdigkeit und Leistungsfähigkeit des Unternehmens, sagte ein Sprecher der Deutschen Regas.

Die Deutsche Regas, die bereits seit Januar 2023 das LNG-Terminal in Lubmin betreibt, beauftragte eigenen Angaben zufolge die Sozietät Hengeler Mueller, die Gesellschafterstruktur, die Historie und Art der Finanzierung zu bewerten. Man sei überzeugt, dass die fachliche und objektive Untersuchung die zu Unrecht erhobenen Vorwürfe der Intransparenz bis hin zur Geldwäsche vollständig widerlegen werde. Binz will den Bau des Terminals auf Rügen verhindern. Mukran war erst Anfang Juli ins LNG-Beschleunigungsgesetz aufgenommen worden. Der Anwalt der Gemeinde, Reiner Geulen, wirft dem Unternehmen einen unsauberen Finanzierungshintergrund vor. So soll der jetzige Geschäftsführer der Deutschen Regas, Ingo Wagner, Kapital vom Cirsio-Fonds auf den Cayman Island über die Grundwerte Verwaltungs-GmbH transferiert haben, um es über seine Stammfirma, die WCP Deutschland GmbH, in die Deutsche Regas zu integrieren. Der

Vorwurf: Die Deutsche Regas sei wegen des unklaren Finanzierungshintergrundes nicht geeignet, eine Störfallanlage wie ein LNG-Terminal zu betreiben.

Die Firma hatte unmittelbar reagiert. Kern der Aussage: „Es wurden zwischen Cirsio, Grundwerte und WCP keine Geldbeträge oder sogenannte Finanzkörperschaften auf die Deutsche Regas transferiert.“ Die Deutsche Regas bot der Gemeinde erneut Sachgespräche über den Bau des Terminals an. Die Gemeinde hatte sich einem Dialog bislang vehement verweigert. Unterdessen hat die Gemeinde Binz Anzeige erstattet. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Stralsund bestätigte gestern den Eingang. Es handele sich um ein umfangreiches Aktenkonvolut. Der Vorwurf: gewerbsmäßige Geldwäsche.

Zunächst müsse geprüft werden, ob ein Anfangsverdacht begründet sei, so ein Behördensprecher. Das Verfahren werde dann voraussichtlich an die Staatsanwaltschaft Rostock abgegeben, die als Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte zuständig ist.

Zuvor hatte die Gemeinde auch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Financial Intelligence Unit) über angebliche Ungereimtheiten bei der Deutschen Regas informiert. Sie ist zuständig für Geldwäscheverdachtsmeldungen.

LNG-DEBATTE**LNG-Gegner gehen in die Offensive****Landesregierung wurde aufgefordert, die Genehmigung des Bergamtes für bauvorbereitende Arbeiten zurückzunehmen**

Die Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“, die sich gegen das geplante LNG-Terminal im Hafen von Mukran stemmt, hat die Landesregierung aufgefordert, die Genehmigung des Bergamtes Stralsund für bauvorbereitende Arbeiten zurückzunehmen zu lassen. Es sei nicht nachvollziehbar, Maßnahmen zu genehmigen, ohne zuvor mögliche Beeinträchtigungen auf das sensible Ökosystem Ostsee und auf die Küstenlandschaften zu prüfen, sagte Thomas Kunstmann von der Initiative.

Kritiker befürchten negative Auswirkungen auf Natur und Tourismus. „Die Genehmigung des LNG-Vorhabens soll bereits in einem beschleunigten Verfahren erfolgen“, kritisierte Kunstmann. Die nun erfolgte Genehmigung für Vorarbeiten kurz vor Beginn der öffentlichen Auslegung von Plänen für eine LNG-Anbindungsleitung am Dienstag sei „mehr als empö-

rend“.

Dieser Teil der Pipeline soll vom Hafen Mukran 24 Kilometer bis auf die Ostsee zu einem Knotenpunkt führen. Das Vorgehen sei ein Schlag ins Gesicht all jener Menschen, denen immer versprochen worden sei, dass vor einer Gesamtprüfung und Genehmigung nicht gebaut werde, beton Thomas Kunstmann.

Nach Angaben des Umweltministeriums dürfen die ersten Vorbereitungen für das geplante Flüssigerdgas-Terminal im Hafen Mukran auf Rügen starten.

Die sogenannten bauvorbereitenden Maßnahmen in Mukran umfassen demnach die Herstellung der Startbaugrube und Vorbereitungen für einen Mini-Tunnel. Am Zielpunkt der Leitung in Lubmin darf eine Tunnelbohrmaschine vom Meeresboden gehoben werden.

Allgäuer Zeitung

📰 Allgäuer Zeitung Kempten | 25.07.2023 | S. 12

📄 Auflage: 19.111 | Reichweite: 38.073

👤 Till Hofmann

So läuft der Rückbau am AKW Gundremmingen

Im 1977 havarierten Reaktorblock A ist auf dem Gelände des früheren Kraftwerks eine eigene Fabrik entstanden. Sie hat maßgeblichen Anteil am Fortschritt der Arbeiten.

Gundremmingen. Erstmals, seit das Atomkraftwerk Ende 2021 komplett vom Netz gegangen ist, hat der frühere Betreiber RWE einen Blick hinter die Kulissen der Rückbauanlage zugelassen. „Wir liegen voll im Zeitplan“, sagt der Leiter der Anlage, Heiko Ringel.

Mehrere Termine sind damit gemeint. So soll 2026 Reaktor C brennelementefrei sein. Die Brennstäbe werden als hochradioaktiver Atommüll – in Castoren eingelagert – ins Zwischenlager gebracht, das auf dem Areal der Rückbauanlage steht. Bis September sollen 127 der 192 Castorenplätze belegt sein. Alle würden nicht benötigt, sagt der Manager, der zugleich ausschließt, dass von anderen Standorten früher betriebener RWE-Atomkraftwerke Castoren nach Gundremmingen kommen. Das lasse die Genehmigung nicht zu.

Drei Jahre später soll, wie es jetzt aussieht, mit der Endlagerung des schwach und mittel radioaktiven Atommülls im Schacht Konrad (bei Salzgitter) begonnen werden. Natürlich fällt schon jetzt Müll an, der nicht in den normalen Wertstoffkreislauf gelangen kann, weil die Stoffe „aktiviert“ sind. Das bedeutet: Radioaktivität hat die Struktur dieser Materialien verändert. Mit einer Dekontamination, egal in welcher Form, kann in solchen Fällen nichts mehr ausgerichtet werden. Die Stoffe kommen in silberne, 180 Liter fassende Blechtonnen, die von Spezialmaschinen unter hohem Druck verpresst werden. Vier oder fünf dieser Presslinge passen in eine gelbe 200-Liter-Tonne. 26 der gelben Tonnen füllen einen gelbfarbenen Container. Per Zug werden jene Container derzeit noch ins oberpfälzische Mitterteich transportiert. Ein eigenes „Transportbereitstellungs- und Logistikgebäude“ für jene Abfälle soll im kommenden Jahr in Gundremmingen in unmittelbarer Nähe einer der beiden Kühltürme entstehen. Die Halle hat eine Länge von etwa 130 Metern, ist knapp 28 Meter breit und weist ein Lagervolumen von 11.700 Kubikmeter auf. Mit der Baugenehmigung rechnen die Verantwortlichen im Okto-

ber dieses Jahres.

Die eigentliche „Rückbaufabrik“ der Anlage befindet sich im früheren Reaktor A, der im Januar 1977 nach einem Störfall wirtschaftlichen Totalschaden erlitt. Hier werden die abgebauten Anlageteile, falls nötig, mechanisch oder thermisch zerlegt, es wird ohne und mit Oberflächenabtrag dekontaminiert mit dem Ziel, unbelastete Wertstoffe wiederzugewinnen. Das oberste Prinzip dabei ist, wie der Leiter der Rückbauanlage betont: „Nichts kommt ungeprüft aus dem Kontrollbereich.“ Sogenannte Freimessungen bewerten die Oberfläche und die Struktur der gereinigten Teile auf Radioaktivität.

Bereits in der Rückbaufabrik selbst werden Vormessungen vorgenommen. Mit Erfolg: Die Rücklaufquote liegt bei rund einem Prozent. Das sei ein sehr guter Wert, sagen Verantwortliche. Und selbst bei einer erfolgreichen „Freimessung“ überprüft das Landesamt für Umwelt unabhängig davon noch einmal alles, was seitens des Unternehmens nicht oder nicht mehr als radioaktiv belastet gilt.

Die Rückbaumasse gab Ringel am Montagnachmittag für Gundremmingen mit 1,8 Millionen Tonnen an. 95 Prozent davon landen beim Wertstoff-Recycling oder der konventionellen Entsorgung. Dazu gehören zum Beispiel Betonteile im Außenbereich, die mit Radioaktivität nie in Berührung gekommen sind.

Vor wenigen Wochen ist der Antrag gestellt worden, bis Ende der 30er-Jahre den Restabbau aller Anlagenteile zu vollziehen. Sie unterliegen dann nicht mehr dem Atomrecht. Es werden wohl weiterhin Gebäude- teile stehen, die industriell genutzt werden können – aber nur die Hüllen, innen bleibt nichts. Gar nichts mehr bleibt außerdem von den beiden 161 Meter hohen Kühltürmen, das steht bereits fest. Nur wann und vor allem wie sie demontiert werden sollen, wird derzeit noch erörtert.